

# ZEITUNG SOLINGEN AKTIV

Ausgabe 3/2009

Spendenpreis 0,50 €

Das unabhängige und überparteiliche Sprachrohr von Bürgern für Bürger



## Spardiktat:

## Die Zeche sollen wir bezahlen?

### Aus dem Inhalt:

Wir über uns.....2  
Spardiktat: Was kommt auf uns zu?.....3  
Nachlese zur Kommunalwahl 2009.....4  
Gebührenerhöhung für Markthändler.....5

Kein Verkauf städtischer Grünanlagen.....5  
Bürgerbeteiligung - mehr Demokratie?.....3  
1-Euro-Job ja-Arbeitserlaubnis nein.....7  
Das Märchen vom tapferen  
Schneiderlein und dem Löschwasser.....8



## Mach' doch selbst mal Kommunalpolitik....

Unter diesem Motto haben sich Solinger Bürgerinnen und Bürger zusammen gefunden um im Dezember 2003 das überparteiliche Personenwahlbündnis SOLINGEN AKTIV zu gründen. Sie alle waren mit der Politik der bis dahin im Solinger Stadtrat vertretenen Parteien nicht mehr einverstanden waren. Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Lehrer, Erzieher, Arbeitslose, Schüler, Rentner und Hausfrauen waren unter den Gründungsmitgliedern von SOLINGEN AKTIV.

Seit dem hat sich SOLINGEN AKTIV zu **der oppositionellen Kraft** in Solingen entwickelt, die konsequent für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger eintritt.

Wir sind überparteilich, unbestechlich, finanziell unabhängig und demokratisch organisiert.

Wir versprechen nicht, stellvertretend für die Bürger "alles besser zu machen", sondern möchten, dass immer mehr Menschen selbst aktiv für ihre Interessen werden - deshalb Solingen AKTIV. Alleine kann man wenig erreichen - organisiert und gemeinsam wurden schon viele Erfolge erkämpft!

Werden auch Sie gemeinsam mit uns aktiv!

## Die Grundsätze von SOLINGEN AKTIV

**1** Wir sind ein Bündnis von Personen, die sich durch die Parteien, die bisher im Stadtrat sind, nicht vertreten fühlen. Deshalb wollen wir aktiv kommunalpolitisch tätig werden.

**2** Wir fühlen uns den Alltagsproblemen der einfachen Menschen verpflichtet und wollen ihr Sprachrohr im Rathaus sein.

**3** Wir wollen auch andere Betroffene ermutigen, für ihre Belange selbst einzutreten und werden sie nach Kräften dabei unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen.

**4** Wir sind überparteilich, das heißt keiner parteipolitischen Richtung verpflichtet. Bei uns können Menschen unterschiedlicher Weltanschauung, Parteilose und Parteigebundene gleichberechtigt zusammenarbeiten.

**5** Wir stehen für die Gleichberechtigung aller in Solingen lebenden Menschen ein und wollen ihr solidarisches Miteinander fördern. Wir verstehen die kulturelle Vielfalt unserer Stadt als Bereicherung, die wir bewahren und fördern wollen.

**6** Wir arbeiten auf antifaschistischer Grundlage und schließen die Teilnahme von Faschisten, Nationalisten und religiösen Fanatikern aus.

**7** Wir sind finanziell unabhängig und finanzieren unsere Arbeit durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und eigene Aktivitäten.



### In eigener Sache:

Unterstützen Sie uns durch eine Spende für unsere Zeitung!

Schreiben Sie selbst Artikel, denn Ihre Anliegen sind uns wichtig.

Die Zeitung von SOLINGEN AKTIV erscheint vierteljährlich.

### Ihr Redaktionsteam

## Impressum:

V.i.S.d.P.:  
SOLINGEN AKTIV  
Klemens-Horn-Str. 3  
42655 Solingen

Liebe Leserin, lieber Leser,  
die Kommunalwahlen sind vorbei, aber was kommt nun auf die Stadt zu? – das fragen sich viele Bürgerinnen und Bürger!

### Wahlversprechen reine Taktik

Zwei Monate nach der Bundestagswahl zeigt sich, dass es mit den Wahlversprechen der neuen Regierungsparteien nicht weit her ist, auch wenn man sich mit harten Einschnitten noch etwas zurückhält. Schließlich stehen die Landtagswahlen in NRW im Mai 2010 vor der Tür. Der Eindruck, den die Bundesregierung erwecken will, trügt. Sie kann und will ihre Wahlversprechen nicht einhalten. Schon jetzt lässt man durchblicken, dass es mit den versprochenen Steuererleichterungen wohl doch nichts wird. Immerhin müssen Milliarden von Euro, die in Banken und in große Konzerne gepumpt wurden, refinanziert werden - wie es immer so schön heißt. Drucken kann man das dafür benötigte Geld nicht, ohne es zu entwerten, also soll es uns aus der Tasche gezogen werden.

### Umverteilung zu Lasten der Kommunen wird weitergehen!

Es wird keine wirkliche Änderung in der kommunalen Finanzpolitik geben. Die Politik der Schwarz/Gelben Regierung wird mehr denn je auf die Verschuldung der Kommunen angewiesen sein. Die steigende Arbeitslosigkeit, der Rückgang der Kaufkraft, das Einbrechen der Gewerbesteuererinnahmen und die Verlagerung weiterer Kosten auf die Stadt durch die Bundes- und Landesregierung wird die Verschuldung der Stadt weiter explodieren lassen.

### Verschuldung kann politisch wirksam bekämpft werden

Es geht uns hier nicht um Schwarzmalerei. Die überlassen wir unserem neuen Oberbürgermeister und dem Regierungspräsidenten, der nunmehr von der Stadt Solingen fordert, ab 2013 jedes Jahr 45 Millionen Euro einzusparen. Bisher wird im Doppelhaushalt 2009/2010 mit einer Einsparung von 15 Millionen Euro gerechnet. SOLINGEN AKTIV hat bereits 2008 im Rat davor gewarnt, einen Haushalt für 2010 zu verabschieden, ohne aktuelle Entwicklungen zu berücksichtigen. Nun wird es einen Nachtragshaushalt geben müssen. Und als gäbe es gar keine andere Möglichkeit, sollen die freiwilligen Leistungen der Stadt zusammengestrichen, die Arbeits- und Ausbildungsplätze beim Konzern Stadt und die Kulturangebote reduziert werden. Diese Ausgaben sollen nun „an das Finanzierbare“ angepasst werden.

Für SOLINGEN AKTIV ist **die Verschuldung der Stadt kein Naturereignis**, dem man machtlos wie einem Wirbelsturm gegenübersteht. Im Gegenteil: Gerade weil die Verschuldung auch das Produkt einer Umverteilung von unten nach oben ist, kann sie politisch bekämpft werden. Selbst OB Feith nennt in seiner Antrittsrede das Verschulden von Bund und Land am Finanzdesaster der Kommunen.

### Wir fordern schon seit langem:

- Folgekosten der Gesetze von Bund und Land müssen diese auch bezahlen („Konnexitätsprinzip“)!
  - Die Landeszuweisungen müssen den realen kommunalen Bedarf abdecken.
  - Für ein staatliches Entschuldungsprogramm für die Kommunen durch Erlass ihrer Altschulden. Für Milliarden fauler Kredite der Banken kommt der Staat auf – die Kommunen sollen es bei den Bürgern holen? Nicht mit uns!

### Wir fordern nach wie vor ein Zinsmoratorium für die Kommunen, das jetzt durchgesetzt werden muss!

Alleine 2009 zahlt die Stadt schon 26,6 Millionen Euro Zinsen an die Banken, anstatt diese für das Wohl der Bürger einsetzen zu können. Der einfachste Weg dazu wäre, die bestehenden Kredite in zinslose Darlehen mit sehr langen Tilgungsraten umzuwandeln. Was in der Weltwirtschaftskrise den Banken in Milliardenhöhe zugestanden wurde, das muss auch für eine Stadt wie Solingen möglich sein.

Wir sind immer wieder erstaunt, dass unsere Forderungen während der letzten Ratsperiode belächelt und abgelehnt wurden, aber heute so mancher Politiker in Solingen genau dieselben Aussagen macht. Die Ankündigungen von OB Feith lassen dennoch erahnen, dass die Bürgerinnen und Bürger die Zeche für diese Umverteilungspolitik bezahlen sollen.



Aktiv dabei am 1. Mai 2009 in Solingen

### Eine Politik gegen die Mehrheit der Bevölkerung ist mit SOLINGEN AKTIV aber nicht zu machen!

Wir bleiben auch in der neuen Ratsperiode Sprachrohr und zuverlässiger Partner für alle diejenigen, die sich durch die im Rat präsenten Kräfte nicht wirksam vertreten fühlen. Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern - dafür stehen wir ein. Werden Sie deshalb gemeinsam mit uns aktiv! Die Wahl ist vorüber, aber nicht der Kampf um ein lebenswertes Solingen und um eine Zukunft für die Jugend.

**SOLINGEN  
AKTIV  
bedankt sich  
bei allen, die  
uns bei der  
Kommunal-  
wahl 2009  
unterstützt  
haben!**



Ratsfrau Gabi Gärtner

Auch wenn die Solinger Presse sowie das Lokalradio versucht haben, durch einfaches Verschweigen der bisherigen guten Arbeit und des Wahlkampfes von SOLINGEN AKTIV zu verhindern, dass wir wieder in den Stadtrat einziehen, haben unsere Wähler unsere Ratsfrau Gabi Gärtner wieder für 5 Jahre gewählt. (siehe Kommentar).

Vielleicht haben sich einige politische Gegner erhofft, wir würden nun sang- und klanglos von der politischen Bildfläche verschwinden. Dem ist nicht so! Denn angesichts der kommenden Entwicklungen ist eine aktive Opposition dringend notwendig.



Informationsstand im Wahlkampf

**Wie geht es weiter?**

Wir werden, wie auch in der Vergangenheit, die Solinger Bürger ermutigen, selbst für Ihre Belange einzutreten und sie nach Kräften dabei unterstützen, ihre Interessen durchzusetzen.

**Wer kämpft kann gewinnen!**

Das war nur eine unserer Wahlkampfaussagen und wurde in der letzten Ratsperiode oft genug bewiesen. Zum Beispiel beim Kampf gegen die Schließung der Kindertagesstätten oder gegen die Mieterhöhungen beim Spar- und Bauverein. Unsere Stadträtin Gabi Gärtner wird im Interesse der Bürger und der Sache abstimmen. Für SOLINGEN AKTIV zählt nicht, wer Anträge in den Stadtrat einbringt, sondern welche Auswirkungen sie auf die Stadt und die Bürger haben. Kürzungen auf Kosten der Kinder, Jugendlichen, Familien und Rentner werden wir auch in Zukunft nicht hinnehmen.

**Das Demokratieverständnis  
der Solinger Medien:**

**Chancengleichheit im  
Wahlkampf?**

Das "Solinger Tageblatt" feierte jüngst seinen 200. Geburtstag. Dazu gratulieren wir. "Ohne freie Presse gibt es keine Demokratie", so die Überschrift zur Rede des Prof. Dr. Dr. Udo Di Fabio beim Festakt über die Rolle moderner Medien.

**Presseboykott:**

**Ein Mittel der Wahlmanipulation!**

Ist es demokratisch, wenn einer der Mitbewerber bei der Kommunalwahl konsequent verschwiegen wird? SOLINGEN AKTIV hat alle zugesandten Wahlprüfsteine ausführlich beantwortet. Ob es die Fragen der GEW zur Schulsituation, des Stadt-sportbundes zur Situation der Vereine oder des Bündnisses gegen Privatisierung war. In der Berichterstattung wurden unsere Antworten einfach weggelassen.

Alle Fraktionen wurden zur bisherigen Ratsarbeit befragt. Und, als sei SOLINGEN AKTIV nie im Rat gewesen, wir wurden nicht befragt - nicht erwähnt! Das versteht man bei den Solinger Medien unter Demokratie und "freie Presse"!

**Was ist das für eine Freiheit?**

Man nimmt sich die Freiheit, unbequeme und aktive Opposition einfach zu verschweigen und versucht damit, den Wähler zu manipulieren! Wenn man dann etwas über SOLINGEN AKTIV liest, so wird nicht versäumt, den Leser vor den "Extremisten" zu warnen, die MLPD-dominiert sind und vom Verfassungsschutz beobachtet werden...

Jeder der die Arbeit und die Mitglieder von SOLINGEN AKTIV kennen gelernt hat, weiß, was er davon zu halten hat und schüttelt mit dem Kopf.

Offenbar will man bei den Solinger Medien nicht begreifen: Wir sind überparteilich, demokratisch organisiert und finanziell unabhängig. Bei uns arbeiten Menschen unterschiedlicher Weltanschauung gleichberechtigt zusammen - nur Faschisten und religiöse Fanatiker haben bei uns keinen Platz!

Unter Pressefreiheit versteht man also beim Solinger Tageblatt (aber auch bei der Solinger Morgenpost), sich die Freiheit zu nehmen, dem Leser vorzuenthalten, was einem selbst politisch nicht in den Kram passt!

**Oder ist man gar nicht so frei, dass man dies in den Redaktionen selbst entscheiden darf?**

Gisela Wirth

Gebührenerhöhung für Markthändler:

## 41 % auf einen Schlag – das ist nicht tragbar!

Die Stadt Solingen will die Standgebühren für Markthändler um 41 % erhöhen. Dies stößt bei vielen auf Unverständnis. Wir fragten die Markthändler nach ihrer Meinung:

Gemüsehändler:

„Warum hat die Stadt nicht schon vor Jahren gesagt, dass die Gebühren nicht ausreichen. Seit der Markt auf dem Graf-Wilhelm-Platz stattfindet, haben wir stetige Umsatzrückgänge. Vermutlich kommen durch die Schließung von Karstadt weniger Besucher. Eine Erhöhung von 41% ist auf keinen Fall akzeptabel. Wenn erhöht werden muss, dann in kleinen, verträglichen Schritten. Die Erhöhung pro Jahr beträgt bis zu 2.200 €. Die Zahlen aus der Presse waren ein Rechenfehler.“

Fischhändler:

„Wir überlegen, ob sich für uns der Markt noch rechnet. Der Umsatzrückgang und nun auch noch die Gebührenerhöhung sind zuviel. Vielleicht werden wir diesen Markt nicht mehr besuchen.“

Blumenhändler:

„Wenn die Besucherzahlen nicht bald besser werden, plane ich, nicht mehr auf diesen Markt zu kommen. Mit dieser Erhöhung rechnet sich das nicht mehr.“

Pläne müssen vom Tisch:

## Kein Verkauf städtischer Grünanlagen!

### Grünflächen-Verkauf zur Haushaltssanierung?

Die Parks und Grünflächen unserer Stadt haben einen großen Anteil an der Lebensqualität der Bürger Solingens. Im Verhältnis zu anderen Städten vergleichbarer Größe haben wir sogar eher wenig davon zu bieten. Deshalb ist es völlig verfehlt, über den Verkauf der Grünanlagen, womöglich noch zur Umwandlung in Bauland, nachzudenken.

Genau das ist aber mit einer HSK-Maßnahme (Einsparungen zur Sicherung des städtischen Haushaltes) geplant. So sollen auf Vorschlag der Verwaltung ab 2010 Einsparungen von jährlich 330.000 € durch den Verkauf dieser Grünanlagen erzielt werden.

### Unsere Parks: Ein Stück Lebensqualität!

Die Parks sind für viele Menschen jeden Alters eine Möglichkeit zur Erholung. Sie haben wesentlichen Anteil an der Qualität der Luft und des Klimas unserer Stadt. SOLINGEN AKTIV lehnt aus diesem Grund den Verkauf ab. **Wir fordern, dass dieser Beschluss korrigiert wird!**

Es ist relativ sicher davon auszugehen, dass ein privater Käufer wenig Interesse an einem "unrentablen" Erhalt von Grünflächen hat, also droht

Auch andere fragen sich, warum die Stadt denn nicht schon seit Jahren langsam die Gebühren angepasst hat, anstatt jetzt auf einmal eine so extreme Erhöhung zu verlangen. Dass eine Erhöhung notwendig ist, wird von den wenigsten angezweifelt. Die einhellige Meinung ist allerdings, diese Erhöhung sollte in einer moderaten Höhe und vor allem nach und nach erfolgen.

Der Besucherrückgang des Marktes in Solingen-Mitte wird von den meisten der befragten Händler auf die Schließung von Karstadt und die schlechten Busverbindungen am Samstagmorgen zurückgeführt. Viele überlegen sich, diesen Markt überhaupt nicht mehr zu nutzen. Wenn die Händler weg bleiben, wird es weitere Gebühreneinbußen geben. Außerdem werden bei einem noch kleineren Marktangebot auch die Besucherzahlen zurückgehen. Also wird die Rechnung der Stadt nicht aufgehen.

### Wir fordern, diese Gebührenerhöhung zurück zu nehmen!

Dabei muss auch eine Trennung der Kosten durch die Wochenmärkte und die Volksfeste beachtet werden. Man kann Wochenmarktbesuchern nicht anteilig Kosten für Feste wie Zöppkesmarkt oder Dürpelfest berechnen. Eine Erhöhung der Gebühren darf nur schrittweise über einen längeren Zeitraum erfolgen, um den Händlern nicht die Existenz zu gefährden.



So sollen unsere Grünanlagen nicht enden!

zumindest für einen erheblichen Teil der Gebiete eine Bebauung und Nutzung für kommerzielle Zwecke.

Der Verkauf von immer mehr städtischem Eigentum ist vielleicht kurzfristig ertragreich, löst aber langfristig nicht die Finanzprobleme der Stadt.

### Es gibt Alternativen zum Verkauf!

Der alte botanische Garten am Kannenhof z. B. dient nicht nur Spaziergängern und Kindern als Erholungsgebiet und Spielplatz, sondern stellt auch mit seinen seltenen Pflanzen und Tieren eine Möglichkeit zu Natur- und Heimatkundlichen Unterrichtsgängen für Schulklassen unterschiedlichen Alters dar.

Allerdings droht mit dem Verkauf von 53 % des Parks ganz akut die Bebauung verschiedener Gebiete - etwa des Teiles, der parallel zur Straße am Kannenhof liegt.

Fortsetzung von Seite 5

Mit dem Verkauf sollen 31.300 € Pflegekosten eingespart werden. Statt hier einen Verkauf zu planen, sollte man die Überlegungen der Anwohner umsetzen, z. B. das Anbringen kleiner Tafeln mit mehr Informationen über Fauna und Flora, um den Park noch besser als Naturlehrpfad nutzen zu können. Hierfür würden sich sicher Sponsoren und interessierte Bürger finden lassen. Schöne alte Bäume zu fällen, um dann irgendwo anders neue Bäumchen als Ersatz zu pflanzen, die Jahrzehnte brauchen, um die alten Bäume auch nur annähernd zu ersetzen, ist in unseren Augen Unsinn.

Wenn die Pflege der Grünanlagen so hohe Kosten verursacht, so sollte man nicht die Anlagen verkaufen, sondern feststellen, woher die hohen Kosten kommen. Am Rasenmähen und Büsche schneiden alleine kann das wohl kaum liegen. Das wurde schon in den letzten Jahren zwar regelmäßig, aber doch in recht großen Zeitabständen durchgeführt.

**SOLINGEN AKTIV unterstützt die Proteste der Anwohner von betroffenen Gebieten. Machen auch Sie mit: Unterstützen Sie unsere Unterschriftensammlung! Unterschriftenlisten erhalten Sie in unserem Büro oder auf [www.sg-aktiv.de](http://www.sg-aktiv.de)**

**Und so erreichen Sie uns:  
SOLINGEN AKTIV**

**Büro: Klemens-Horn-Straße 3,  
1. Stock**

**42655 Solingen-Mitte**

**Telefon 22 46 366**

**E-Mail: [info@sg-aktiv.de](mailto:info@sg-aktiv.de)**

**Bürozeiten:**

**Montag: 15.00 - 17.00 Uhr**

**Mittwoch: 09.00 - 11.00 Uhr**

**Donnerstag: 15.00 - 18.30 Uhr**

**Freitag: 14.00 - 16.00 Uhr**

**Stadträtin Gabi Gärtner**

**Telefon 64 54 935**

**E-Mail: [gabigaertner@t-online.de](mailto:gabigaertner@t-online.de)**

**[www.sg-aktiv.de](http://www.sg-aktiv.de)**



Unter die Lupe genommen:

## Bürgerhaushalt: Mehr Demokratie für die Bürger?

In fast 50 Städten in Deutschland organisieren die Kommunen so genannte „Bürgerhaushalte“ oder „Beteiligungshaushalte“. Das setzt am Demokratiebedürfnis vieler Bürger und Kommunalpolitiker an und wird häufig erst einmal begrüßt. In Deutschland wurde der „Bürgerhaushalt“ von der Bertelsmann-Stiftung auf den Weg gebracht. Im Abschlussbericht der Bertelsmann-Stiftung zu einem Forum, aus dem das Projekt Bürgerhaushalt hervor ging, wird die Frage aufgeworfen: „Was nutzt ein Bürgerhaushalt, wenn die Kommune kaum noch finanziellen Spielraum hat?“ In der Antwort heißt es dann: „Viele Kommunen sind gezwungen, ihren Haushalt zu konsolidieren, Einsparungen vorzunehmen und genau zu prüfen, wo investiert werden kann. Gerade in diesem Prozess hilft ein Bürgerhaushalt, Prioritäten mit den Bürgern zu diskutieren. Die Erfahrungen der Projektkommunen haben gezeigt, dass das Verständnis der Bürger für die schwierige Haushaltslage und die damit verbundenen unbequemen Sparmaßnahmen eindeutig gestiegen ist. ... In Emsdetten waren die Bürger sogar bereit, Steuererhöhungen für den Haushaltsausgleich in Kauf zu nehmen.“ Ausdrücklich wird in dem Abschlussbericht festgehalten, dass der „Bürgerhaushalt“ „kein Instrument der direkten Demokratie“ sei.

**Auch OB Feith spricht davon, erstmals die Bürger in Finanzentscheidungen mit einzubeziehen...**

In einer Vorlage zu einem möglichen Bürgerhaushalt in Solingen heißt es, dass „es nicht darum gehe, Wünsche zu äußern, sondern im Sinne einer Prioritätensetzung Schwerpunkte für die Konsolidierung festzulegen.“ Und Herr Weeke wird im ST zitiert, dass die Maßnahme wichtig sei, „wegen der Akzeptanz der Maßnahmen bei den Menschen“.

Ob Herr Feith die Menschen in diesem Prozess auch darüber informieren wird, welche unnötigen und eigennützigen Ausgaben der Rat in den letzten Jahren beschlossen bzw. zumindest erhalten hat (Fraktionsfinanzierung, Gutachterverträgen, Geschäftsführerstellen usw.)?

Auch gibt es lediglich Beratungskompetenzen der Bürger, keine echte Beteiligung. Wer die Fata Morgana einer **wirklichen kommunalen Selbstverwaltung** ausgerechnet damit reanimieren will, der will uns nur **Sand in die Augen streuen**.

## Schikane gegen Asylbewerber: 1-Euro-Job ja - Arbeitserlaubnis nein!

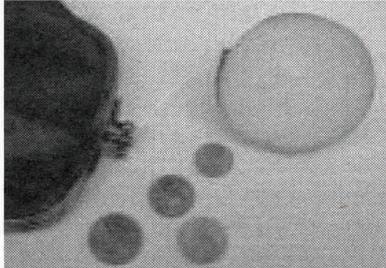
**Vor kurzem waren wir zu Besuch bei einem befreundeten Paar in Solingen. K. (Name und Anschrift sind der Redaktion bekannt) berichtete uns von seiner Situation.**

Er ist 2001 nach Deutschland (Bottrop) gekommen. Sein Antrag auf Asyl wurde abgelehnt und er bekam eine Duldung. Dann hat er von 2001 - 2003 über das Sozialamt gearbeitet. Seine Chefin hat gesehen, dass er gut arbeitet und wollte, dass er bleibt, aber ohne finanzielle Hilfe ging das nicht. Ab 2003 hat er 5 Jahre beim Grünflächenamt gearbeitet. 5 Jahre für 180 € im Monat.

Anfangs gab es noch Geld für ein Ticket.

Das wurde aber dann abgeschafft.

"Wie soll ich auch noch ein teures Ticket selbst bezahlen?" fragt er.



Er hatte einfach genug davon, dass er jahrelang 1-€-Jobs gemacht hat, wie ein normaler Arbeiter. Oft hörte er "die Asylbewerber arbeiten nichts, die bekommen nur unsere Steuergelder". "Aber das stimmt nicht", erzählt er uns, "du musst arbeiten, wie ein normaler Arbeiter. Du machst die ganze Arbeit für 1 Euro die Stunde". Auch dort hätte man ihn aufgrund seiner guten Arbeit eingestellt, aber das ging nicht, weil er keine Arbeitserlaubnis hat. "Deshalb habe ich mich geweigert, dort weiter für 1 Euro zu arbeiten. Aber sie kümmern sich nicht. Sie berücksichtigen nicht, dass ich schon jahrelang dort gearbeitet habe und mir nichts zu schulden kommen ließ. Wenn du sagst, unter diesen Umständen gehe ich nicht arbeiten, machen sie Druck: 1. Kein Geld; 2. Keine Krankenversicherung; 3. Strom wird abgemeldet; 4. Sie melden dich bei Ausländerbehörde und wenn du kommst wegen deiner Duldung behalten die direkt deinen Ausweis. Ich habe im Moment keinen Ausweis mehr" so berichtet er weiter.

Vom Gesetz her wäre das kein Problem eine Arbeitserlaubnis auszustellen, denn er hat mittlerweile mit seiner Solinger Lebensgefährtin ein Kind. "Sie wollen mir keine Arbeitserlaubnis geben ohne eine Aufenthaltsgenehmigung. Weil ich 2001 unter falschem Namen nach Deutschland gekommen bin, habe ich jetzt Probleme." Dabei hat er das längst in Ordnung gebracht und die ganzen Jahre hat es auch niemand gestört, ob er nun unter falschem oder richtigen Namen für 1 Euro gearbeitet hat. Die malische Botschaft hat in seinem neuen Pass eine falsche Eintragung gemacht und diese mit einem Stempel wieder korrigiert. Die Ausländerbehörde von Bottrop zweifelt nun an, dass dieser Fehler in der Botschaft unterlaufen und der Stempel echt ist. Seit über 8 Monaten wartet K. nun darauf, dass sein Pass überprüft wird. Alle Anrufe und Versuche zwischenzeitlich eine Arbeits-

erlaubnis zu bekommen, wurden abgeschmettert.

"Die könnten mir die Arbeitserlaubnis über die Duldung geben, bis sie meinen Pass überprüft haben, aber die wollen das nicht, weil ich nicht mehr bereit war, für 1 Euro zu arbeiten. Die sagen mir immer: gehen sie arbeiten für 1 Euro. Aber das mache ich nicht mehr. Ich möchte eine Arbeitserlaubnis und richtig arbeiten. Da sagen die gar nichts mehr und ich bekomme verschiedene Briefe. z. B. bezahlen sie jetzt meinen Strom nicht mehr und auch mein Zimmer im Heim muss ich selber bezahlen. Übrigens ein Zimmer ohne warmes Wasser, ein Bett, ein Schrank, ein Waschbecken. "Wenn ich weiter für 1 Euro arbeite, sagen sie, würden sie mir helfen und ich bekäme wieder etwas zu essen. Aber ich habe doch 8 Jahre lang bewiesen, dass ich arbeiten will und kann."

**Die Geschichte von K. ist nur eine von vielen ähnlichen, menschenverachtenden Vorgehensweisen von Ausländerbehörden. Er hat sich mit der Bitte um Solidarität an uns gewandt. Wir werden ihn nach Kräften unterstützen, endlich seine Arbeitserlaubnis zu bekommen, damit er sich und seine Familie selbst ernähren kann.**

### Terminkalender

#### **Stammtisch von SOLINGEN AKTIV**

jeden 1. Mittwoch im Monat, 19.00 Uhr  
im "Cafe Oliv", Konrad-Adenauer-Str. 32

#### **Informationsstand Solingen-Mitte**

zwischen Kaufhof und Douglas  
am Samstag, 28. November 2009, 11-13 Uhr

#### **"Schwäbischer Abend"**

**am Samstag, 28.11.09, 18.00 Uhr**

Kulturelles und Kulinarisches aus dem Schwabenländle - alles selbst gemacht.....

Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, SG-Mitte

#### **"Lichterabend"**

**am Freitag, 18.12.09, 19.00 Uhr**

zum gemütlichen Ausklang eines ereignisreichen Jahres.

Cafe Courage, Klemens-Horn-Str. 3, SG-Mitte



## Das Märchen vom tapferen Schneiderlein\* und dem Lösch- wasser!

Es war einmal ein tapferes Schneiderlein. Das hatte es mit List und Tücke am Ende des letzten Jahrtausends in einer bergischen Stadt immerhin zum Verwalter des Königs gebracht. Der König hatte immer weniger Geld, um für die Nöte seiner Untergebenen zu sorgen. Da hatte das Schneiderlein eine listige Idee: Es verkaufte einem reichen König aus der fernen Provinz Baden für viele tausend Gulden das ganze Wasser aus der regnerischen Provinz des Bergischen Landes - und noch viel mehr. Und wurde dafür von seinem König - aber nur von wenigen Untertanen - wieder mal als das tapfere Schneiderlein gerühmt.

Doch der reiche König aus Baden war noch listiger als unser Schneiderlein. Denn insgeheim trachtete er danach, wie er vom tumben Schneiderlein und seinem König wieder viel viel mehr Gulden zurückholen konnte, als ihn das Wassergeschäft gekostet hatte. Also sagte er listig zum Schneiderlein: „Mein liebes Schneiderlein, wie soll denn dein König die Brände in seiner Stadt löschen, wenn das ganze Wasser jetzt mir gehört?“ Da war das Schneiderlein ganz erschrocken. Denn daran hatte es gar nicht gedacht und fürchtete schon den Zorn der Untertanen.

Das nutzte der schlaue König aus Baden aus: „Ich habe einen wohlfeilen Rat an Dich: „Ich werde deinem König jedes Jahr so viel von meinem Wasser verkaufen, dass er genug zum Löschen aller Brände in der Stadt hat. Und für meine Güte und Sorge um Eure Häuser soll mir Dein König jedes Jahr 1,3 Millionen Gulden bezahlen.“

Unser Schneiderlein war froh über die Idee, jedoch erschrocken über die vielen Gulden. Doch er war zu einfältig, um zu wissen oder auszukundschaften, dass andere Könige für ihr Löschwasser gar nichts oder nur ein paar 1000 Gulden pro Anno bezahlten. Und er war auch feige gegenüber dem reichen König aus Baden. Denn der sagte ihm: „Wenn du das nicht unterschreibst, dann kauf ich dir auch dein Wasser nicht ab.“ Also unterschrieb er untätigst den Vertrag, den ihm der listige fremde König vor die Nase legte. Doch er traute sich nicht, diesen Zusatzvertrag seinem eigenen König und

dessen Rat vorzulegen. Jedoch war er listig genug, dafür zu sorgen, dass der König acht Jahre lang insgesamt 10,7 Millionen Gulden seiner Untertanen für das Löschwasser bezahlte, auch wenn es längst nicht soviel wert war.

Dafür ließ unser Schneiderlein dann ganz tapfer viele andere Sachen nicht bezahlen, die die Untertanen dieser bergischen Stadt so dringend gebraucht hätten und wütend von ihm forderten. Doch irgendwann bemerkte auch der König, das List und Dreistigkeit allein für einen Verwalter nicht reichen. Also holte er sich einen neuen Verwalter. Dieser fand den ungleichen Wasservertrag und sagte zu seinem König: „Dieser Vortrag ist unlauter. Und zudem ist er unrechtmäßig. Denn Eure Durchlaucht haben ihn gar nicht unterschrieben.“ Das tapfere Schneiderlein wurde beauftragt, mit dem reichen König aus Baden einen neuen Vertrag zu vereinbaren. Gesagt, getan. Das tapfere Schneiderlein legte dem König und seinem Rat einen neuen Vertrag vor, der immerhin um 500.000 Gulden pro Jahr wohlfeiler war. Dafür dürfe man aber ihn und den fernen König aus Baden wegen des unlauteren Vertrags nicht an den Pranger stellen und auch für die letzten acht Jahre keine Rückzahlungen verlangen.

Damit waren einige im Rat gar nicht einverstanden. Doch die Mehrheit glaubte dem tapferen Schneiderlein immer noch und stimmte dem neuen Vertrag untätigst zu. Als der reiche König aus Baden hörte, wie tumb der bergische König und sein Rat wieder dem Schneiderlein auf den Leim gegangen waren, lachte er sich ins Fäustchen, schickte eilends einen Boten in die bergische Stadt und ließ genüßlich verkünden: „Pacta sunt servanda - Verträge sind einzuhalten“. Ihr müsst weiter die ursprünglich vereinbarten Gulden bezahlen“.

Der neue König der Bergischen hat jetzt eine Sorge mehr. Das tapfere Schneiderlein aber erntete Hohn und Spott. Manche der Untertanen wollen ihn jetzt erst recht an den Pranger stellen, mit Löschwasser abspritzen und dann aus der Stadt verjagen. Und den listigen König aus Baden und seine Verbündeten am liebsten gleich dazu. Denn seine hinterlistigen Machenschaften werden selbst im Bergischen immer mehr und mehr durchschaut.

(\*Schneider (CDU), damals zuständiger Dezernent der Stadt Solingen für die Stadtwerke, der auch den Löschwasservertrag sozusagen als Brautgeschenk für die Beteiligung der privaten MVV an den Stadtwerken "aushandelte". Heute ist er - nachdem er die Treppe raufgefallen wurde - für einige zigtausende Euro pro Jahr mehr - einer der Geschäftsführer der städtischen Beteiligungsgesellschaft, und damit wieder unmittelbar verantwortlich für die Stadtwerke als eine der städtischen Beteiligungsgesellschaften.)